

Entschließungsantrag

der BundeserätInnen Andrea Kahofer,
Genossinnen und Genossen

betreffend Solidarabgabe für Millionäre statt Steuer-Millionen für Glücksspielkonzerne und Luxushotels

eingbracht am 17. Dezember 2020 im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 10. Dezember 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Körperschaftsteuergesetz 1988, das Umsatzsteuergesetz 1994, das Gebührengesetz 1957, die Bundesabgabenordnung, das Finanzstrafgesetz, das Alkoholsteuergesetz, das Internationale Steuervergütungsgesetz, das COVID-19-Förderungsprüfungsgesetz und das Kommunalsteuergesetz 1993 geändert werden (COVID-19-Steuermaßnahmengesetz – COVID-19-StMG) (1109/A und 492 d.B.)

50 Milliarden Euro wurden seitens der Bundesregierung für die Kosten der Corona Krise bisher veranschlagt. Angesichts des Coronakrisenmanagements mit traurigen Spitzenwerten bei Infektions- und Todeszahlen und dem damit verbundenen zweiten Lockdown und einem wahrscheinlichen dritten Lockdown im Jänner wird diese Summe wohl weiter steigen.

Während die Wirtschaftshilfen im ersten Lockdown zu gering und zu bürokratisch ausgefallen sind und dadurch binnen weniger Wochen 200.000 Menschen ihren Job verloren haben, zeichnen sich die Hilfen im zweiten Lockdown durch eine besonders geringe Treffsicherheit aus.

Der "Falter" berichtet beispielsweise von enormen Summen die Glücksspielanbieter und Wettcafés durch einen undifferenzierten Umsatzensatz erhalten. Ein Wettbüro bekam für den November/Dezember eine Hilfszahlung von fast 280.000 Euro. Dieser Betrag entspricht dem 40-Fachen (!) des Jahresgewinns aus 2018. Novomatic erhält für seine Admiral-Sportwettenbüros sowie die Glücksspielsalons eine Hilfszahlung von 2,4 Mio. Euro (!). Novomatic Gründer Johann Graf ist mit einem geschätzten Vermögen von rund 6,5 Mrd. Euro der zweitreichste Österreicher hinter Dietrich Mateschitz. Ein Mensch mit 6,5 Mrd. Euro an Vermögen erhält aus dem österreichischen Steuertopf eine Förderung in der Höhe von 2,4 Mio. Euro nur durch den Umsatzensatz im November – die Kurzarbeitsförderung kommt hier noch hinzu.

Gleichzeitig gibt es für viele Unternehmen, die indirekt von den Lockdowns betroffen sind, wenig bis gar keine Hilfen – dazu zählen zum Beispiel Taxiunternehmen oder Veranstalter von Kulturveranstaltungen.

Österreich zählt in Europa zu den Ländern mit den höchsten Steuern auf Arbeit und den niedrigsten auf Vermögen – und wenn es erklärtes Ziel der Regierung ist, zur alten Normalität zurückzukehren, dann ist das für vieles schön und gut, aber sicher nicht für die Steuerfrage. Es kann nämlich nicht so sein, dass die ArbeitnehmerInnen, die mehr als 80% der Steuern und Abgaben zahlen, die Dummen sind und die Corona-Krise finanzieren. Insbesondere dann nicht, wenn die Bundesregierung den Luxushotels Champagnerflaschen, die sie zu Silvester nicht verkaufen können, mit 50% subventioniert. Der Champagner wird nämlich nicht schlecht, er wird einfach im nächsten Jahr verkauft.

Gegen die Rettung von kleinen Gast- und Wirtshäusern ist nichts einzuwenden – ganz im Gegenteil, ihnen muss mehr geholfen werden – aber das Steuergeld zu verschwenden für die Überförderung von Luxushotels und Glücksspielunternehmen, kommt einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben gleich und ist das Gegenteil von treffsicheren Wirtschaftshilfen.

In Spanien und Argentinien werden Vermögenssteuern für Millionäre zur Finanzierung der Krise eingeführt. Der deutsche Finanzminister macht sich für die Einführung einer solchen Vermögenssteuer in Deutschland stark. Aber was passiert in Österreich?

Statt Onlinekonzernen wie Amazon oder Multimillionären wie Johann Graf einen Solidarbeitrag abzuverlangen, kürzt die Regierung die Pensionen für zukünftige Pensionistinnen und Pensionisten und streicht die abschlagsfreie Pension nach 45 Arbeitsjahren.

So kann es nicht weitergehen, wir müssen jetzt über eine gerechte Krisenfinanzierung sprechen und dafür die Weichen stellen.

Die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine gerechte Krisenbewältigung und -finanzierung sicherzustellen und folgende Punkte zur Umsetzung zu bringen:

1. Die Einführung einer Solidarabgabe für Onlinekonzerne wie Amazon und für Millionäre zur Finanzierung der Kosten der Krise ist sicherzustellen.
2. Die Überförderungen mittels Umsatzersatz etwa bei Luxushotels für nicht verkauften Champagner oder bei Glücksspielunternehmen für Wetteinsätze sind einzustellen. Die dadurch freiwerdenden Budgetmittel sind stattdessen armutsgefährdeten und arbeitslosen Menschen (Erhöhung der Nettoersatzrate auf 70%) zur Verfügung zu stellen.
3. Es braucht wirksame Wirtschaftshilfen für Unternehmen, die indirekt hart von den Lockdowns betroffen sind (vom Taxigewerbe bis zu Kultur-Veranstaltern).
4. Die Wirtschaftshilfen sind an ein umfassendes Dividendenverbot (rückwirkend und für die Zukunft) sowie eine umfassende Arbeitsplatzgarantie zu koppeln.
5. Die Kürzungen der Pensionen für alle künftigen Pensionistinnen und Pensionisten sowie die Abschaffung der abschlagsfreien Pension nach 45 Arbeitsjahren sind zurückzunehmen.“

